

Das Maß ist voll

Der Streit um die französische Rentenreform geht in die nächste Runde. Stefan Wandrey berichtet aus Paris

7. September, 23. September, 2. Oktober – in immer kürzeren Abständen treibt es mittlerweile den Protest gegen die französische Rentenreform auf die Straße. Am vergangenen Samstag gingen erneut über 3 Millionen Menschen zu einer der 126 Demonstrationen im ganzen Land.

Die französische Regierung um Nicolas Sarkozy gibt sich weiterhin gelassen. Für das Innenministerium sind es diesmal 98.000 Demonstranten weniger (man bewundere die auf den Tausender genaue Schätzung) als noch vor anderthalb Wochen – Grund genug, Entwarnung zu geben, die Gesprächsaufforderungen auszuschlagen, ja sogar von einer „steigenden Zustimmung“ zu reden.

Dabei übersieht die Regierung, dass man an diesem Samstag nicht wie gewohnt mehrheitlich Rentner und Beamte in den Umzügen findet wie noch am 7. oder bereits weniger am 23. September. Zwar hat die Zahl der Demonstranten nicht weiter zugenommen, jedoch ist das soziale Gefüge spürbar in die „Mitte der Gesellschaft“ gerutscht: wie von den Gewerkschaften erhofft, fand man diesen Samstag tausende Studenten, Eltern mit Kindern, Arbeiter aus dem Privatsektor, Selbstständige.

71% der Franzosen sind laut der neuesten Umfrage gegen die Reform in ihrer heutigen Form, über die Hälfte geben an, dass nur eine Kompromisslösung akzeptabel sein kann und sie von der sturen Haltung der Regierung enttäuscht sind.

Noch vor vier Jahren wusste Sarkozy die Zeichen der Zeit besser zu deuten: Als die Regierung 2006 ein Gesetz zum Arbeitsrecht zurückziehen musste, das für Arbeitnehmer unter 26 Jahren den Kündigungsschutz quasi aufheben sollte und zahlreiche Großdemonstrationen in ganz Frankreich nach sich zog, meinte der damalige Innenminister Sarkozy noch: „Wenn 3 Millionen Menschen auf die Straße gehen, muss man erkennen, dass es Zeit für einen Kompromiss ist.“

Allerdings betonte er auch später im Präsidentschaftswahlkampf 2007: „Ich habe im Parlament für die Rente mit 60 gestimmt, und meine Partei hat keinerlei Ambitionen, an diesem Standard zu rütteln.“ Nicht wenige sprechen offen von Wahlbetrug.

Welche Reform für stabile Renten?

Die Fronten scheinen verhärtet, dabei gibt es potentielle Anknüpfungspunkte. Auch die Gewerkschaften und Oppositionsparteien sind von der Notwendigkeit einer Reform überzeugt, ohne die das Defizit der Rentenkasse unaufhörlich wächst. Alles dreht sich um die Frage, wie die Lasten verteilt werden.

Die Gewerkschaften sind sich einig, dass der Reformvorschlag der Regierung hochgradig ungerecht ist. Zudem löst er das Problem gar nicht, da er keine neuen Einnahmen vorsieht. Zwar werden die Rentenansprüche zukünftiger Rentner gesenkt, wenn das Renteneintrittsalter angehoben wird, fast zwei Drittel der Arbeitnehmer über 55 Jahre aber keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben.

Die Ausgaben senkt das aber kaum, weil die zukünftig Betroffenen schon heute nur mit Renten unterhalb des Mindestlohns rechnen können. Fällt ihre Rente noch weiter herab, so wird für sie die Grundsicherung RSA fällig – die dann aber nicht auf die Rentenkasse, sondern auf Kosten der Staatskasse geht. Ein reines Rechenspiel.

Die Gewerkschaften weisen darauf hin, dass das Defizit nur durch eine Politik der sinkenden Sozialabgaben für Arbeitgeber und nicht zuletzt einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik zustande gekommen ist. Sie kritisieren scharf, dass dafür nun die Arbeitnehmer herhalten müssen, denen es ans Existenzminimum im Alter geht.

Alternativ schlägt die größte Oppositionspartei, die sozialdemokratische PS, vor, zwar an der Rente mit 60 festzuhalten, dafür aber auf die Forderung nach voller Rente nach 37,5 Jahren Erwerbstätigkeit zu verzichten, wenn im Gegenzug Mutterschaftszeit und Studienzeit anerkannt sowie körperlich hart arbeitende Werk tätige bessergestellt werden. Dann wäre ein Großteil der Bevölkerung sogar zu einer gewissen Beitragserhöhung bereit, wenn dafür auch Arbeitgeber und Aktionäre sich an der Finanzierung beteiligen würden – was wiederum die zusätzlichen Kosten für alle erträglicher machen würde.

Doch von Beitragserhöhungen – zumal bei Arbeitgebern und Finanzeinkünften – will Sarkozy nichts wissen. Für ihn führt weiterhin kein Weg vorbei an der Rente mit 62 bzw. 67. Bisher wurden alle Gesprächsangebote ausgeschlagen.

Damit hält er weiterhin an einer Politik fest, die sich in Europa wie in Frankreich zum radikalen Wirtschaftsliberalismus bekennt, zu einem maximalen Konkurrenzdruck und minimaler sozialer Sicherheit. Er übersieht dabei, dass diese regellose Politik bereits Europa in eine tiefe Krise gestürzt hat, die nächste bahnt sich an, seit am 30. September Spaniens Kreditwürdigkeit erneut herabgestuft wurde. Langsam wird sich die EU-Zone an den ungezügelten Finanzmärkten und der wirtschaftlich freien Konkurrenz ohne soziale Mindeststandards zersetzen –

ebenso wie in Frankreich seit Jahren ein Auseinanderdriften von Arm und Reich, Arbeitslöhnen und Kapitaleinkünften zu beobachten ist, was die Gesellschaft auf Dauer immer stärker belastet, womöglich stärker als diese es aushalten kann.

Gewerkschaften stimmen für den Arbeitskampf

Doch diese neoliberale Politik nach dem Motto „nach mir die Sintflut“ sind die Franzosen nun leid. Am 12. Oktober haben alle Gewerkschaften zu einem umfassenden nationalen Streik- und Demonstrationstag aufgerufen. Die Mehrzahl von ihnen unterstützt eine fristlose Verlängerung des Streiks, sollte die Regierung sich weiter taub stellen.

Für den Pariser Nahverkehr (CGT-RATP) ist die bereits beschlossene Sache, die Gewerkschaft des Öllieferanten Total erwägt es ebenso wie das Studentenwerk Unéf über eine Uniblockade nachdenkt.

Der Streit geht in die nächste Runde.